

Formblatt für eine Parlamentarische Bürgerinitiative

Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend

die Erhaltung und Erleichterung der freien Studienwahl

Seitens der EinbringerInnen wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht angenommen:

Die öffentlichen Universitäten sind Einrichtungen des Bundes und in einem Bundesgesetz geregelt.

ANLIEGEN:

Der Nationalrat wird ersucht,

Gesetzesinitiativen zu unterlassen, die zu einer Beschränkung des Hochschulzuganges und einer Verringerung der freien Studienwahl führen. Gleichzeitig sollen bestehende Hürden abgeschafft werden, die eine freie Studienwahl von Studierenden erschweren. Durch bessere Studienbedingungen sollen mehr Menschen für ein Hochschulstudium interessiert werden. Diese Verbesserungen können nicht durch die Errichtung von Beschränkungen, sondern nur durch einen Ausbau der Hochschulen geschaffen werden.

Angesichts der niedrigen AkademikerInnenquote in Österreich, steigender Jugendarbeitslosigkeit in weiten Teilen Europas und der schlechten sozialen Durchmischung unter den Studierenden muss es das Ziel sein, die bestmögliche Bildung, Ausbildung und Qualifikation für möglichst viele Menschen zu bieten, um so gesellschaftliche Ungleichheiten abzubauen.

Fundierte Informations- und Beratungsangebote abseits von Werbemaßnahmen stellen wesentlich sinnvollere, günstigere und zielführendere Alternativen zu einer fremdbestimmten Studieneinteilung mittels Zugangsbeschränkungen dar. Durch bereits erprobte und bewährte Konzepte der Studienberatung können Studieninteressierte ihre Fähigkeiten und Interessen besser einschätzen und eine fundierte Studienwahl treffen.

"Selbst- statt Fremdbestimmung" muss das Motto lauten. Kontingente und Selektionstests können jungen Menschen nicht sagen, was für ihre Zukunft das Richtige ist.

(Falls der Vordruck nicht ausreicht, bitte auf Beiblatt fortsetzen)